FRESSEN ODER FREIHEIT?

Die Frage danach, was Luxus ist, führt automatisch zu der Überlegung: Was braucht der Mensch am dringendsten? Politische Rechte, ein Existenzminimum – oder eine Chance?

TEXT: ROBIN DROEMER; ILLUSTRATION: MÁGOZ

Luxus – für den einen sind das gute Jahrgänge, teure Düfte und schwere Klunker, für den anderen ein Termin beim Friseur oder ein Urlaubstag extra. Luxus ist all das, was man genießt, obwohl es eigentlich verzichtbar wäre. Wenn ein Milliardär sich seine dritte Jacht kauft, nennt er das Luxus. Für viele Familien in Malawi hingegen bedeutet Luxus, ihren Kindern die 90 Euro Schulgeld im Jahr zu bezahlen. Offenbar kann alles zum Luxus werden, wenn man den passenden Blickwinkel einnimmt. Ist Luxus aber wirklich so relativ? Oder gibt es auch etwas, das niemals Luxus ist?

Um das beantworten zu können, muss man herausfinden, was jeder Mensch wirklich braucht. Aber das ist gar nicht so leicht zu sagen, wie es zunächst scheint. Intuitiv ist die Antwort eine biologische: Der Mensch braucht Luft, Nahrung und Wasser, wie im Grunde alle anderen Lebewesen auch. Doch ist das wirklich alles? Ein Mensch könnte ja auch permanent gefoltert werden, während er in einem dunklen Sarg liegend über einen Schlauch ernährt wird. Hat er dann alles, was er braucht? Zum Überleben vielleicht. Doch die grundlegenden Bedürfnisse eines Menschen sind mehr als die Bedingungen seiner Existenz. Wenn wir von Grundbedürfnissen sprechen, dann fragen wir nicht, wie man am Leben bleibt, sondern nach den Voraussetzungen für ein gutes Leben.

Natürlich hat jeder andere Vorstellungen davon, was ein gutes Leben ausmacht und wie er sein eigenes Leben gestalten will. Während mancher eine Karriere in der Wirtschaft anstrebt, findet ein anderer sein Glück als Vater in Vollzeit. Unabhängig davon, wie der eigene Lebensplan aussieht, bedarf es aber bestimmter allgemeiner Rahmenbedingungen, um ihn verwirklichen zu können. Eine Gesellschaft, die solche Rahmenbedingungen garantiert, ist laut dem amerikanischen Philosophen John Rawls (1921–2002) eine gerechte Gesellschaft. Es könnte also durchaus sein, dass man den menschlichen Grundbedürfnissen näher kommt, wenn man untersucht, was diese Gerechtigkeitsgrundsätze beinhalten. Was muss garantiert sein, um die Verwirklichung des eigenen Lebensplanes zu ermöglichen?

Nach Rawls sind nur jene Gerechtigkeitsgrundsätze annehmbar, auf die sich freie und gleiche Individuen in einer fairen Situation einigen würden. Um das zu veranschaulichen, entwarf der politische Philosoph ein Gedankenexperiment: Stellen Sie sich vor, die Menschen einer Gesellschaft kämen in einem sogenannten »Urzustand« zusammen. Die Grundsätze der Gesellschaft sind noch nicht festgelegt, alles ist möglich. Gemeinsam können die Menschen von außen nun darüber verhandeln, welche Prinzipien dem gemeinsamen Zusammenleben zugrunde gelegt werden sollten. Sicherlich würde jeder einzelne versuchen, Vorteile für sich auszuhandeln. Ist die Ausgangssituation dann aber wirklich noch fair?

Männer könnten sich beispielsweise dafür einsetzen, keine Frauen in Führungspositionen zu erlauben. Mit ihrer körperlichen Stärke könnten sie diesen Grundsatz eventuell sogar gegen den Willen aller Frauen durchsetzen. Mit Gerechtigkeit und Fairness hätte das allerdings sehr wenig zu tun. Um die Situation fairer zu gestalten, stattete Rawls seinen Urzustand daher mit einem besonderen Extra aus: dem »Schleier des Nichtwissens«. Dieser Schleier sorgt dafür, dass den Menschen fast alles Wissen über sich selbst vorenthalten wird. Niemand weiß, welches Alter, Geschlecht oder Hautfarbe er hat, welcher »Klasse« er angehört und welche gesellschaftliche Position er einnimmt. Auch individuelle Talente, Körperkraft und Intelligenz bleiben hinter dem Schleier verborgen. So entsteht eine faire Situation, da sich alle Unterschiede zwischen den Menschen aufheben; denn wenn man über sich selbst nicht Bescheid weiß, kann man sich auch keinen individuellen Vorteil verschaffen. Die Menschen im Urzustand würden sicherlich nicht nur Männer in Führungspositionen sehen wollen, da sie ja ihr eigenes Geschlecht gar nicht kennen. Die Grundsätze müssten vielmehr so gestaltet sein, dass sie allen Menschen den größtmöglichen Vorteil einbringen.

UNTER DIESEN BEDINGUNGEN einigen sich die Menschen im Urzustand auf zwei Prinzipien. Das erste Prinzip besagt, dass jeder das gleiche Recht auf »das umfangreichste System aus Grundfreiheiten« haben muss, solange die Freiheiten des einen nicht die des anderen einschränken. Grundfreiheiten sind laut John Rawls vor allem politische und intellektuelle Freiheiten wie zum Beispiel Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit oder der Schutz vor Unterdrückung. Eine gerechte Gesellschaft garantiert ihren Bürgern in erster Linie diese Grundfreiheiten. Die gerechte Verteilung von wirtschaftlichen Gütern legen die Menschen im Urzustand erst im zweiten Prinzip fest. Dabei betonte Rawls, dass die beiden >

Illustration: Mágoz/anna goodson

BIOGRAFIE

HENRY ODERA ORUKA

1944 in der Provinz Nyanza in Kenia geboren, studierte Odera Oruka Philosophie und Naturwissenschaften in Schweden und den USA. Später promovierte er an der Universität Uppsala zum Freiheitsbegriff und lehrte an der Universität in Nairobi. Aufgrund seiner kritischen Äußerungen gegenüber dem kenianischen Regime von Daniel arap Moi wurde über den Philosophen jedoch ein Hausarrest verhängt und ihm ein Publikationsverbot erteilt. 1995 wurde Odera Oruka im Alter von 51 Jahren in Nairobi von einem Lastwagen überfahren. Seine Anhänger glaubten an ein Attentat – insbesondere weil es bezüglich des Todeszeitpunktes Ungereimtheiten gab. Die Vermutung konnte allerdings bis heute nicht nachgewiesen werden.

BEGRIFF

WEISHEITSPHILOSOPHIE

Unter den Arbeiten Henry Odera Orukas sticht besonders das Projekt der »Weisheitsphilosophie« heraus. Hierzu interviewte er afrikanische Männer und Frauen, die in ihrer jeweiligen Dorfgemeinschaft als weise galten. Die Antworten untersuchte er anschließend auf ihren philosophischen Gehalt. Philosophische Weise waren für Odera Oruka vor allem die Personen, die traditionelle Einsichten nicht nur übernahmen, sondern ihnen gegenüber einen distanzierten, klar begründeten Standpunkt einnahmen. Philosophie gründet daher laut Odera Oruka keineswegs allein auf der klassischen abendländischen Tradition, sondern findet überall dort statt, wo Menschen kritisch-reflexiv denken.

Prinzipien in lexikalischer Ordnung stehen; das heißt, ihre Reihenfolge darf nicht umgekehrt werden. Die Grundfreiheiten und Rechte haben immer Vorrang. Selbst wenn durch ihre Einschränkung wirtschaftlich effizientere Situationen entstehen würden, bleiben sie unantastbar. Es wäre ja denkbar, dass es sich unter bestimmten Umständen lohnt, Sklave zu sein. Man steht eventuell unter dem Schutz seines Besitzers und wird von ihm gut versorgt. Im Gegenzug erhält der Sklavenhalter eine billige Arbeitskraft. So eine Konstellation wäre in einer Rawls'schen Gesellschaft trotz ihrer Effizienz nicht duldbar. Da das Prinzip der Grundfreiheiten das grundlegendere ist, darf die Freiheit des Einzelnen nicht zugunsten ökonomischer Vorteile gemindert werden. Die Frage nach der Untergrenze von Luxus beantwortete Rawls also eindeutig: Was der Mensch am nötigsten bedarf, sind bestimmte Rechte und Freiheiten. Alles andere kommt danach.

Die These der Grundfreiheiten als erstes Prinzip passt zu einem westlich-liberalen Geist, wie Rawls es war, und ist für die meisten sicherlich leicht nachzuvollziehen. Es ist daher nur stimmig, dass der folgende Widerspruch von einem Philosophen geäußert wurde, der einer anderen Tradition entstammt: Der kenianische Philosoph und ehemalige Vizepräsident des Interafrikanischen Philosophierates Henry Odera Oruka (1944–1995) war der Auffassung, dass die Rangordnung der Gerechtigkeitsprinzipien umgedreht werden muss. Die von Rawls geforderten Grundfreiheiten seien nämlich nichts wert, solange eine ausreichende ökonomische Versorgung nicht gewährleistet ist. Politische Freiheiten wie Meinungsfreiheit und das Recht zu wählen sind reiner Luxus, solange jemand am Existenzminimum lebt. Die ökonomische Grundsicherung aller Mitglieder der Gesellschaft zu gewährleisten, war für Odera Oruka daher das erste Prinzip einer gerechten Gesellschaft.

ODERA ORUKAS THESE leuchtet ein, wenn man beispielsweise an Hungersnöte in der Dritten Welt denkt. Kurz vor dem Verhungern pfeift wahrscheinlich jeder auf seine Grundfreiheiten, solange er nur etwas zu essen bekommt. Diese Notsituation hat fatale Auswirkungen auf das Handeln der Leidenden, denn sie verlieren ihren Status als »moral agent«. Ohne die Befriedigung der ökonomischen Grundbedürfnisse befindet sich ein Mensch für Odera Oruka nicht in der Position, moralische Entscheidungen frei zu treffen. Und was nützt einer Gesellschaft die Meinungsfreiheit, wenn die Menschen sie für eine Schale Reis verkaufen?

Die Grundfreiheiten kommen also erst zum Tragen, wenn ein wirtschaftliches Minimum gesichert ist. Ohne eine »ökonomische Freiheit« entbehren politische und intellektuelle

Freiheiten ihrer Grundlage. Allerdings handelt es sich in den von Odera Oruka gewählten Beispielen um Extremsituationen. Auch wenn extreme Armut und Hungersnöte für einen afrikanischen Philosophen präsenter sein mögen als für einen US-Amerikaner wie John Rawls, lassen sich aus Extremsituationen doch nur schwer allgemeine Grundsätze ableiten. Trotzdem beharrte Odera Oruka auf einem Vorrang der ökonomischen Freiheit: Für Industriestaaten sei die Sicherung der ökonomischen Bedürfnisse selbstverständlich geworden, sodass sie deren grundlegenden Charakter verkennen.

Odera Oruka verdeutlicht diesen Charakter am Beispiel einer Verhandlung zweier Männer, der eine arm, der andere reich. Wenn der Arme wirtschaftlich vom Reichen abhängig ist, besteht eine große Chance, dass der Arme gezwungen ist, einige seiner Meinungen zurückzuhalten. Er könnte sich sogar im Tausch gegen materielle Hilfe dazu bereit erklären, Meinungen zu unterstützen, die er selbst für falsch hält. Dies gilt für Staaten ebenso wie für Menschen. Die ökonomisch schwächeren Nationen formen ihre politischen Positionen so, dass sie jenen Staaten zusagen, von denen sie abhängig sind. Und das ist alles andere als fair. In einer gerechten Gesellschaft muss also zunächst die ökonomische Freiheit des Einzelnen gesichert werden, um politische und intellektuelle Freiheiten überhaupt erst möglich zu machen.

Das Beispiel der wirtschaftlich stark abhängigen Staaten zeigt, dass die Bestimmung der Grundbedürfnisse nicht nur philosophisch relevant ist. Gerade im Rahmen internationaler Politik und Entwicklungshilfe spielt sie eine entscheidende Rolle. Weltweit mangelt es Menschen sowohl an Freiheiten als auch an einer wirtschaftlichen Basis. Für eine allumfassende Hilfe fehlen aber meist die Mittel oder die politische Unterstützung, denn Wahlkämpfe gewinnt man nicht mit Entwicklungshilfethemen. Die gebende Partei muss sich also für konkrete Maßnahmen entscheiden, welche implizit festlegen, was der Mensch notwendiger braucht: politische Freiheiten oder eine ökonomische Grundsicherung.

WAS NÜTZT DIE MEINUNGSFREIHEIT, WENN DIE MENSCHEN SIE FÜR EINE SCHALE REIS VERKAUFEN?

JOHN RAWLS REAGIERTE AUF DIESE PROBLEMATIK, indem er seinem Modell vom Urzustand eine zweite internationale Stufe hinzufügte. Haben sich die einzelnen Gesellschaften erst einmal auf ihre Grundprinzipien geeinigt, senden sie in diesem Modell Repräsentanten aus, die in einem zweiten Urzustand zusammenkommen. Auch hier sorgt der Schleier des Nichtwissens dafür, dass den Teilnehmern bestimmte Kenntnisse fehlen. Die Abgesandten wissen weder, welchen Staat sie repräsentieren, noch wie ihre Gesellschaft beschaffen ist. Alle diskriminierenden Faktoren werden ausgeschlossen, damit die Verhandlung fair verläuft. Aber worauf einigen sich die Abgesandten? Aus dem fehlenden Wissen lassen sich nur allgemeine Prinzipien ableiten, die im Grundinteresse aller Staaten liegen – nämlich Rechtsgleichheit und Autonomie.

Jeder Staat will von den anderen als solcher anerkannt werden. Er will über eigene Angelegenheiten frei entscheiden und sich im Notfall selbst verteidigen dürfen. Der zweite Urzustand legt also hauptsächlich Prinzipien fest, die das Verhalten zwischen den Staaten regeln. Während sich die Außenpolitik also um Fragen der Sicherheit und Friedenssicherung kümmert, muss der Umgang mit wirtschaftlichen Ungleichheiten auf innenpolitischer Ebene erörtert werden. Das heißt allerdings nicht, dass sich die Staaten gleichgültig gegenüberstünden. Denn nicht jeder Staat ist automatisch ein vollwertiges Mitglied der Gemeinschaft der Völker. Er muss sich laut John Rawls erst qualifizieren, indem er die Menschenrechte achtet.

Sollte ein Staat die Menschenrechte stark missachten, versagt er seinen Bürgern das Recht auf ein System aus Grundfreiheiten. Die internationale Gemeinschaft steht dann in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass in diesem Staat gerechte Institutionen existieren. Erst wenn das der Fall ist, wird der Staat zum ordentlichen Mitglied der Völkergemeinschaft und kann auf eigenen Füßen stehen. Hier endet die Unterstützungspflicht der anderen Staaten. Sollte die wirtschaftliche Lage weiterhin miserabel sein, ist der Staat dafür selbst verantwortlich. Auch im zwischenstaatlichen Miteinander verteidigt Rawls also seinen Standpunkt: Für ihn sind Freiheiten und Rechte kein Luxus, sondern ein Grundgut des Menschen.

Ein Blick auf die »Allgemeine Erklärung der Menschenrechte« unterstützt Rawls These. Schon der erste Artikel ist unmissverständlich: »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.« Das Recht auf einen Lebensstandard, der Wohl, Gesundheit und Nahrung gewährleistet, findet sich erst in Artikel 25. Sind die politischen Freiheiten also wirklich das >

LEKTÜRE

John Rawls
EINE THEORIE DER GERECHTIGKEIT
Suhrkamp, 1975
Unter Rückgriff auf Kant sucht Rawls nach den Prinzipien einer gerechten Gesellschaft. Pflichtlektüre für alle angehenden Gerechtigkeitstheoretiker

Henry Odera Oruka
THE PHILOSOPHY OF LIBERTY, IN: SAGACIOUS REASONING
Internationaler Verlag der Wissenschaften, 1997
Odera Orukas Darstellung seiner These vom Vorrang ökonomischer Freiheit

Amartya Sen
ÖKONOMIE FÜR DEN MENSCHEN
dtv, 2002
Mit dem Nobelpreis für Ökonomie prämierte Thesen zur Gerechtigkeit in der Marktwirtschaft

Anke Graneß
DAS MENSCHLICHE MINIMUM
Campus, 2011
Fachkundige Einführung in die afrikanische Philosophie und Henry Odera Orukas Denken

grundlegendere Bedürfnis? Odera Oruka würde sicherlich widersprechen. Denn auch seine These funktioniert im internationalen Rahmen. Der Kern der These ist, dass starke ökonomische Ungleichheiten bestimmte Freiheiten unmöglich machen, weil sie Abhängigkeiten schaffen. Wirtschaftlich schwächer gestellte Menschen und Staaten beißen meist nicht die Hand, die sie füttert. Die Sicherung eines ökonomischen Grundstandards ist deswegen ein elementareres Gut als politische und intellektuelle Freiheiten, weil sie deren Voraussetzung sind. Nach Henry Odera Oruka müsste die Außenpolitik also in erster Linie nicht andere Länder bei der Durchsetzung politischer Freiheiten unterstützen, wie John Rawls es fordert, sondern für eine ökonomische Grundsicherung sorgen. Ohne sie bestehen die Grundfreiheiten nämlich nur auf dem Papier.

Dieser Ansatz bringt jedoch pragmatische Probleme mit sich. Denn wie kann ein anderer Staat dafür sorgen, dass seine Unterstützung auch bei der Bevölkerung ankommt? Auch in Nordkorea leiden die Menschen Hunger. Das korrupte Regime finanziell zu unterstützen, würde jedoch wahrscheinlich nur wenig zur ökonomischen Freiheit der Bürger beitragen. Aus diesem Grund plädierte Rawls dafür, dass Staaten sich ausschließlich für gerechte Institutionen einsetzen, also solche, die Freiheiten garantieren. Erst dann kann man sich nämlich effektiv um eine gerechtere wirtschaftliche Situation kümmern. Anscheinend befinden wir uns in einer Zwickmühle: Wenn den Bürgern keine Freiheiten eingeräumt werden, ist ökonomische Unterstützung wenig hilfreich. Ohne ökonomische Grundsicherung kann jedoch keine echte Freiheit entstehen. Wie also mit dem Problem umgehen? Was ist das grundlegendste Gut, die Untergrenze des Luxus?

Wenn sich keine Antwort finden lässt, ist es manchmal hilfreich, die Frage zu überdenken. Während Rawls und Odera Oruka sich darüber stritten, welches Grundgut Vorrang hat, bezweifelt der indische Philosoph und Ökonom Amartya Sen, ob man so ein allgemeines Merkmal überhaupt eindeutig ausmachen kann. Was Grundbedürfnis und was Luxus ist, muss vielmehr von Fall zu Fall untersucht werden. Das heißt aber nicht, dass für Sen alles relativ ist. Er versucht lediglich, das Problem mit einem flexibleren Freiheitsbegriff zu lösen, anstatt eine feste hierarchische Ordnung aufzustellen. Denn auch Sen geht davon aus, dass der Mensch auf Freiheit angewiesen ist. Allerdings darf man sich nicht nur auf politische oder ökonomische Freiheiten versteifen, sondern muss dabei die Verwirklichungschancen (»capabilities«) genauer betrachten. Sie sorgen für eine konkretere Bestimmung der

Rahmenbedingungen, die jeder für die Verwirklichung des individuellen Lebensplans benötigt. Eine Person im Rollstuhl könnte beispielsweise vollkommen mit politischer oder ökonomischer Freiheit versorgt sein und trotzdem weniger Chancen auf die Verwirklichung des eigenen Lebensplans haben als eine gesunde Person, deren Freiheiten deutlich eingeschränkt sind. Deshalb müssen nicht nur die Grundgüter, sondern auch die Verwirklichungschancen des Einzelnen betrachtet werden, indem auf die einzelnen Umstände der jeweiligen Person Rücksicht genommen wird. So kann man feststellen, welchen Aspekt der Freiheit sie momentan am meisten benötigt. Odera Oruka und Rawls setzten beide nur bestimmte Freiheiten in den Vordergrund und stellten die anderen hintan. Sen hingegen ist der Ansicht, dass Freiheit sich nicht so einfach zerstückeln lässt. Für ihn sind ökonomische und politische Freiheiten nur verschiedene Seiten der Freiheit. In manchen Situationen mögen bestimmte Aspekte von Freiheit gerade wichtiger sein, trotzdem bleiben sie immer untrennbar mit den anderen Aspekten verknüpft. Sen verdeutlicht das am Beispiel von Hungersnöten. Offensichtlich berühren Hungersnöte die ökonomische Freiheit der Bürger. Auf der anderen Seite sind Hungersnöte jedoch auch immer ein politisches Problem. In entwickelten Demokratien mit unabhängigen Medien und einem funktionierenden Wahlsystem hat es bisher noch nie Hungersnöte gegeben, unabhängig davon, ob eine solche Demokratie arm oder reich, im Westen oder in Afrika lag. Da demokratische Politiker im Gegensatz zu Diktatoren oder Monarchen auf die Gunst der Wähler angewiesen sind, können sie sich eine Hungersnot schlicht nicht leisten. Obwohl die Hungersnot also wie ein wirtschaftliches Problem anmutet, hat sie auch politische Ursachen.

WELCHE FREIHEIT DER MENSCH BRAUCHT, hängt also von der jeweiligen Situation des Einzelnen ab. Daraus folgt aber nicht, dass die anderen Freiheiten und Rechte Luxus wären, da sie sich alle gegenseitig bedingen. Natürlich muss in extremer Not zunächst das Existenzminimum gesichert werden. Danach darf jedoch weder die ökonomische, noch die politische oder intellektuelle Freiheit bevorzugt werden. Luxusgüter können für jeden etwas anderes sein – abgesehen von Freiheit. Egal welche Perspektive man einnimmt, Freiheit bleibt immer ein Grundgut. Sie ist unverzichtbar, damit jeder seinen Plan vom guten Leben in die Tat umsetzen kann – sei es mit oder ohne Klunker. ■